

Eine zeitgemäße Idee

Rückblick auf die Fusion des Jahres 2007: DIE LINKE

Von Helge Meves

Ein Gemeinplatz im Feuilleton: Die neue LINKE wird für die Sprengung des westdeutschen Vier-Parteien-Systems geädelt. Die Bundesrepublik ist indes nur in der europäischen Normalität angekommen. Die westeuropäischen Nachkriegsparteiensysteme beruhten im Wesentlichen auf denen der 20er Jahre: Christliche Konservative, Liberale, Sozialdemokraten. Nach dem Auseinanderbrechen der II. Internationale kamen Sozialisten und Kommunisten links der Sozialdemokratie dazu. In den 80ern ergänzten ökologische Parteien das Spektrum. Nur in Westdeutschland gab es keine Partei links der SPD, die politisch entscheidend eingreifen konnte, bedingt durch die Fünf-Prozent-Klausel und das System der Parteienfinanzierung. Wie konnte es gelingen, jene Hürden erfolgreich zu nehmen?

Die Autoren um den renommierten Göttinger Parteienforscher Franz Walter stellten sich diese und andere Fragen. Ihre Antworten überzeugen. Tim Spier und Oliver Nachtwey machen den Wandel im Gerechtigkeitsbegriff der SPD zum Angelpunkt ihrer programmatischen Einleitung. Die alte Sozialdemokratie stand seit dem Revisionismusstreit für eine ausgleichende Gerechtigkeit. Mittels des Steuersystems und sozialstaatlicher Leistungen wird umverteilt, um schlechtere Voraussetzungen qua Herkunft auszugleichen und Gerechtigkeit im Ergebnis zu schaffen. Die neue SPD dagegen versteht unter Gerechtigkeit nur mehr eine Chancengleichheit genannte Gleichheit der Zugangschancen zu Märkten. Von den unterschiedlichen Voraussetzungen und den sich daraus reproduzierenden Benachteiligungen wird abgesehen und stattdessen eine Gerechtigkeit im Verfahren angeboten. Das Soziale wird in den Dienst des Marktes gestellt. Im Arbeitsleben wird so die existentiell bedrohliche Unsicherheit ein Standard, der auf individuelle und gesellschaftlichen Verhältnisse drückt. Manifest wurde dieser strategische Paradigmenwechsel in der Agenda 2010.

Fortzuschreiben wäre diese Analyse mit einem Blick auf neuere Veröffentlichungen und die, sprachlich und inhaltlich Modernität erheischenden Begriffe. In der SPD-Programmdebatte wird ein »Vorsorgender Sozialstaat« zum Leitbild gemacht, der »die Menschen dazu befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, indem er mehr aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt stellt«. Der »vorsorgende Sozialstaat« soll den »nachsorgenden Sozialstaat« ersetzen, der seine moralische und konzeptionelle Entwertung durch die SPD schon im Begriff trägt.

Diesen Wandel der SPD kontrastieren die Autoren ausführlich mit den Vorstellungen der Bevölkerung. Der Aussage »Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat« stimmten 2004 88,7 Prozent der Bevölkerung zu. Und immerhin, 41,8 Prozent sprachen sich für eine Ausweitung der Sozialleistungen

aus. In dieser Kluft zwischen der neuen SPD und den Vorstellungen der Bevölkerung konstituierte sich der Gegendiskurs des Protestlagers. Über die Kritik und Ablehnung des Neoliberalismus entwickelte sich um die Konfliktlinie »soziale Gerechtigkeit« eine neue kollektive Identität der Linken.

Was unter diesen Bedingungen noch fehlte, war ein parlamentarischer Akteur, der die von der SPD geschaffene Lücke zu besetzen wusste. Die PDS, so Michael Koß in seinem Aufsatz, war dazu allein nicht in der Lage. Der Neoliberalismuskurs des sich konstituierenden Protestlagers fand kaum eine Entsprechung in den politischen Debatten der Partei. Parallel dazu wurde die PDS keine gesamtdeutsche Partei, weil sie in den alten Bundesländern in sich widerstreitenden Strategien verfangen blieb. In Folge dieser beiden Defizite fand sie nur ungenügend Zugang zu den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die WASG hingegen erfüllte genau diese beiden Anforderungen und brachte mit ihren Protagonisten aus den Gewerkschaften die erforderlichen organisationspolitischen Erfahrungen für den Aufbau einer neuen Partei mit. Beide ergänzten sich und wussten schließlich die Gelegenheit beim Schopfe zu greifen, die sich mit den vorgezogenen Bundestagsneuwahlen ergab.

In einem weiteren Aufsatz werden erfolgreiche linkssozialistische Parteien in Westeuropa verglichen. Das ist von aktuellem Interesse, weil so auch das Gefüge von Erfolgs- und Mißerfolgsbedingungen für Linke deutlicher wird. So sind Parteien erfolgreich, die über angemessene organisatorische und personalen Ressourcen verfügten. »Charismatische und integre Führungspersönlichkeiten«, wie in den Niederlanden und Schweden, haben den Erfolg maßgeblich befördert, wenn die Rahmenbedingungen gestimmt haben. Unerheblich ist es dagegen im europäischen Vergleich, welchen historischen Ursprung Parteien haben. Egal ob ehemalige Staatspartei, maoistische Splittergruppe oder eine Geburt aus den neuen sozialen Bewegungen: Von Interesse ist für die Menschen lediglich, wie überzeugend sich die Parteien gewandelt haben und wie glaubwürdig sie Politik machen.

Der Vergleich mit den westeuropäischen Parteien macht Defizite der deutschen Debatte deutlich. Die Herkunft aus der SED wird zuweilen als ein genetischer Mangel vorgestellt. Aufgerufen wurde dazu, gegen vermeintliche Trotzlisten »Misstrauen zu säen«. Die Stärke von Führungspersönlichkeiten wird zu einem Problem erklärt. Als Kriterium für Konzepte in Regierungsbeteiligungen soll der in der Debatte darum demonstrierte »Wille zur Veränderung« ausreichen. Rahmenbedingungen und politische Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft bleiben zuweilen unterbelichtet.

Matthias Micus' Aufsatz macht auf organisationsstrategische Herausforderungen für die neue Partei aufmerksam. In den nächsten Jahren werden zwei Parteien »mit unterschiedlicher Geschichte, divergenter regionaler Identität und verschiedenartigem Selbstverständnis« zusammenkommen. Die traditionell deutschen »Destruktivkräfte der apodiktischen linken Prinzipienhuberei« nimmt er ernst. Dagegen aber arbeitet er heraus, dass sich beide Parteien hinsichtlich der Organisation, Programmatik, Mitglieder, Wähler und Führungsgruppen ähnlicher sind, als zumeist angenommen wird. Seinen Thesen nach wird die neue Linke zusammenfinden, wenn das Parteizentrum gestärkt wird. Die verschiedenen Perspektiven der Autoren ergänzen sich zu einer bemerkenswerten Gesamtschau auf die neue Linke, die konkurrenzlos ist.

Der Göttinger Arbeitsgruppe Parteienforschung ist mit diesem Sammelband ein großer Wurf gelungen.

Franz Walter u. a. (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? VS-Verlag, Wiesbaden 2007. 250 S., geb., 24,80 EUR.